

Hier handelt sich um ein bundesweites Problem von Busbetreibern, Industrie und Versicherungen. Es gelten aber die UN Konventionen und das Leitbild der Stadt Kiel, die für alle Menschen eine Beförderung im ÖPNV fordern.

Herr Stadtrat Stöcken berichtet von einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister: Die Informationspolitik der KVG wird bedauert; es kann nicht sein, dass Menschen am Bus stehen und nicht mitgenommen werden. Wer mit dem Bus fahren möchte, soll dies grundsätzlich auch können; die Versicherungsfragen stellen jedoch ein Problem dar für das eine Lösung erst gefunden werden muss. Bis Mitte nächster Woche (18. Februar) wird gemeinsam mit der KVG nach einer Zwischenlösung gesucht. Der Beirat bietet seine Unterstützung an.

Herr Goebel bekräftigt, dass das Problem durch technische Nachrüstungen (Kraftknotenpunkt, Ausrüstung der Rollstühle und E-Scooter für den ÖPNV wie bereits in den Niederlanden umgesetzt) und Klärung der Versicherungsfragen möglichst bundesweit gelöst werden muss.

Es wird darauf verwiesen, dass das Mitnahmeverbot von E-Scootern eine Empfehlung ist und nicht zwingend umgesetzt werden muss. Es gibt Verkehrsbetriebe, die einen anderen Weg gehen.

Der Beirat fasst seine Meinung zum Thema in folgenden Punkten zusammen:

Die Mitglieder des Beirates sind uneingeschränkt der Ansicht, dass die UN Konventionen und das Leitbild der Landeshauptstadt Kiel dauerhaft umgesetzt werden müssen.

Zur Überwindung der aktuellen Sachlage muss umgehend nach einem Kompromiss gesucht werden.

Die Mitglieder des Beirates sind zuversichtlich, dass auf Dauer eine befriedigende Lösung gefunden wird. Erfolgt dies nicht in akzeptabler Zeit, wird sich der Beirat durchaus kampfbereit zeigen.

Beschluss: Mit einer Enthaltung beschlossen.

Es erfolgt der Hinweis, dass Vineta für die kommenden zwei Wochen einen kostenlosen Taxitransport für E-Scooter anbietet.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen.

TOP 5

„Inklusion an Schulen“

Herr Raupach bedauert, dass die Januarsitzung des Beirates sturmbedingt ausfallen musste. Zum Thema „Inklusion an Schulen“ werden in der nächsten Zeit weitere Beiträge erfolgen.

Der „erste Aufschlag“ erfolgt heute durch Frau Weber, Schulrätin, mit ihrem Beitrag zu den formalen Richtlinien und den Vorgaben „wie soll es laufen“ und „wie weit ist die Umsetzung vor Ort“.

Frau Weber berichtet, dass vor drei Jahren erste Überlegungen zum Umbau der Schulen in ein inklusives Bildungssystem erfolgten, nachdem es bereits 1992 erste Regelungen für die Schaffung von integrativen Schulen gab. Inklusion wurde nun als verbindlich festgeschrieben und, da Inklusion in den Köpfen anfängt, wird auch an der Einstellung aller Beteiligten in Richtung „Vielfalt ist positiv“ gearbeitet.

Was muss in der Zukunft getan werden, damit jedes Kind und jede Jugendliche/jeder Jugendliche seine Bedürfnisse an dem Ort /der Schule seiner/ihrer Wahl erfüllt bekommen kann?

In Kiel gibt es 13.400 Schülerinnen/Schüler, davon werden 692 Kinder integrativ und 300 Kinder in Förderzentren beschult. Die Integrationsquote (Verbleib in der Regelschule) für den Förderschwerpunkt Lernen liegt bei 94%. Kinder mit den Förderschwerpunkten geistige und körperliche Entwicklung werden überwiegend in Förderzentren beschult. Insgesamt gibt es 362 Kinder mit diesen Förderschwerpunkten; nur 62 werden integrativ beschult.

Bisherige Schulbegleitungen sollen zukünftig durch schulische Assistenzen in den Regelschulen abgelöst werden. Diese werden sich vor Ort um die Kinder, die Förderung benötigen, kümmern. Noch nicht geklärt ist, welche Ausbildung dazu erforderlich ist, welche Aufgaben im Einzelnen wahrgenommen werden (keine Vertretung der Lehrkräfte) sollen und wer die Einstellung vornehmen wird. Die jetzigen Förderzentren sollen zu Zentren für inklusive Bildung weiterentwickelt werden. Die Verteilungsschlüssel für Sonderschullehrkräfte in den Regelschulen müssen überarbeitet werden.

Schulen müssen barrierefrei zugänglich und nutzbar werden. Für Kinder, die medizinische Versorgung benötigen, müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Die Übergänge vom Kindergarten in die Schule (Wegfall der Frühförderung) und von der Schule in die Berufsausbildung (kein „automatischer“ Weg in die Werkstatt) müssen besser gelöst werden.

Die Beiratsmitglieder fordern eine Schule, die nicht nur auf Leistung ausgerichtet ist sondern auch auf die Wertschätzung jedes Kindes.

Auf eine Nachfrage, ob die geplanten Container für die Johanna-Mestorf-Schule barrierefrei seien berichtet Herr Kokocinski (Mitglied der Ratsversammlung), dass die Container nicht als Dauerlösung gedacht sind; der geplante und notwendige Anbau wird jedoch barrierefrei gestaltet.

Herr Raupach bedankt sich bei Frau Weber für die ersten Einblicke in den Themenbereich der den Beirat (eventuell auch in einer neuen Arbeitsgruppe) zukünftig sicher noch beschäftigen wird.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen.

TOP 6

Straßenschilder / Änderung der städtischen Satzung

Herr Rosenthal, Amt für Bauordnung, Vermessung und Geoinformation, berichtet über die Änderung der städtischen Satzung. Zukünftig sollen alle Straßenschilder (auch im Fußwegbereich) mit weißer Schrift auf blauem Grund versehen werden.

Ergebnis: Der Beirat begrüßt die Änderung.

TOP 7

Bericht des Vorsitzenden

Herr Raupach berichtet, dass die „Vorstandsarbeit“ begonnen hat (unter anderem wurde gemeinsam entschieden, dass das Thema E-Scooter heute behandelt werden soll); gelegentlich ist er aber als Einzelkämpfer gefragt, so ist er z.B. zu einer Begehung des Bahnhofs Russee gebeten worden.

Gerne sollen weiterhin Ideen in den Beirat gebracht werden, Äußerungen die in die Öffentlichkeit getragen werden, müssen aber vorher im Beirat abgesprochen sein. Für öffentliche Erklärungen und Außenauftritte ist grundsätzlich der Vorstand zuständig und zu informieren (auch über die Geschäftsführung).

Frau Hinrichs berichtet von der Teilnahme am Gutachterausschuss Kieler Woche Büro: Angesprochen wurde eine Reduzierung von Kabelbrücken; die Situation am Bootshafen; Lösungssuche für die Kabelbrücken am Bahnhof; der ABK erhält den Auftrag, barrierefreie WC Container anzumieten.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen.

TOP 8

Prioritätenliste für Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit 2015/2016

Die von Herrn Piehl, Amt für Bauordnung, Vermessung und Geoinformation und den Arbeitsgruppen zusammengestellte Prioritätenliste für Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit haben alle Mitglieder seit Dezember 2014 vorliegen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Beschluss: Einstimmig beschlossen.

TOP 9**Arbeitsgruppen des Beirates****a) Grundsätzliche Informationen zur Organisation und zu den Inhalten der Arbeitsgruppen**

Herr Raupach erklärt, dass in der nächsten Sitzung des Beirates über eine eventuelle Neuausrichtung der Arbeitsgruppen diskutiert werden soll; Veränderungen erfolgen nur mit Zustimmung der Mitglieder. Die bisherige gute Arbeit in den derzeitigen Arbeitsgruppen soll keinesfalls verloren gehen.

b) Berichte und gegebenenfalls Beschlüsse hierzu**➤ Barrierefreiheit bei Veranstaltungen, auf Wegen und Plätzen**

Die Arbeitsgruppe hat am 06. Februar 2015 getagt.

Themen waren:

- Der Neubau des Anlegers Schilksee analog zum Neubau der Reventloubrücke;
- die angedachten Lösungen gegen die Versandung des Zuweges zum Anleger Falkenstein;
- ein wünschenswerter barrierefreier Zugang ins Wasser in der Seebadeanstalt Düsternbrook;
- der Kieler Umschlag (der neue Betreiber kennt die Mindestanforderungen).

➤ Barrierefreiheit im ÖPNV

Die Arbeitsgruppe hat am 19. Januar 2015 getagt.

Themen waren:

- Die Prioritätenliste für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen;
- Landgangbretter und Fähranleger;
- Besichtigungstermin der neuen Busse der Autokraft muss nachgeholt werden.

➤ Barrierefreiheit in der Verwaltungsarbeit

Die Arbeitsgruppe hat nicht getagt.

➤ Barrierefreiheit in Gebäuden

Die Arbeitsgruppe hat am 11. Februar 2015 getagt.

Besprochen wurde unter anderem der „Masterplan Wohnen“ der Landeshauptstadt Kiel; es muss darauf geachtet werden, dass auch rollstuhlgerechte Wohnungen gebaut werden und diese nicht nur als „sozial geförderter“ Wohnraum.

➤ Umsetzung des Leitbildes und Teilhabeplans der Landeshauptstadt Kiel

Die Arbeitsgruppe hat nicht getagt.

➤ Öffentlichkeitsarbeit

Frau Stoeckicht berichtet: Es läuft.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen.

TOP 10**Mitteilungen der Verwaltung**

Die Sitzungsgelder Oktober 2014 bis Dezember 2014 wurden doppelt überwiesen; angedacht ist eine Verrechnung mit den Sitzungsgeldern Februar 2015 bis Mai 2015.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen.

TOP 11**Offene Punkte aus den vorherigen Sitzungen: Berichte aus den Ausschüssen**

Der „Vorstand“ wird diese Liste überarbeiten.

Offene Punkte aus der Sitzung am 20.04.2012

1. Erneute Einladung der Gleichstellungsbeauftragten

Offene Punkte aus der Sitzung am 23.11.2012

1. Einladung Frau Wiesmann-Liese, Immobilienwirtschaft

Offene Punkte aus der Sitzung am 17.05.2013

1. Bunker D; Bordsteinabsenkung zur Rampe; Landessache (Frau Dittmann wird nachfragen)

Offene Punkte aus der Sitzung am 13.09.2013

1. Tischlampen für den Magistratssaal

Offene Punkte aus der Sitzung am 11.10.2013

1. Denkmalschutz und Barrierefreiheit
2. Veranstaltungen „Externer“: Fehlende Berücksichtigung der Barrierefreiheit

Offene Punkte aus der Sitzung am 10.01.2014

1. Einladung Stadtrat Röttgers zum Thema barrierefreie kulturelle Veranstaltungen

Offene Punkte aus der Sitzung am 09.05.2014

1. Einladung (vorerst in eine AG des Beirates): Feuerwehr / Kriseninterventionsfahrzeug“

Offene Punkte aus der Sitzung am 13.09.2014

1. Anpassung der Satzung

Offene Punkte aus der Sitzung am 13.02.2015

1. Besichtigung der neuen Busse von Autokraft

Bericht aus dem ASWG:

Herr Wehner informiert über einen Beschluss, der in der Sitzung des ASWG am 29. Januar gefasst wurde: Das Landesamt für soziale Dienste wird aufgefordert die zuverlässige und sachgerechte Beratung vor Ort zu gewährleisten.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen.

TOP 10**Verschiedenes**

- a) Frau Wagner informiert über ein Geschenk des Rotary-Clubs an die Stadt Kiel: Porträts von Nobelpreisträgern sollen auf Stehlen im neu gestalteten Ratsdienergarten aufgestellt werden. Es wird gefordert, dass diese barrierefrei auch für blinde und sehbehinderte Menschen zugänglich und erfahrbar sein müssen. Ein entsprechender Hinweis soll an den Dezernenten für Finanzen, Personal, Kultur und Ordnung gehen.
- b) Herr Völker berichtet von einer Fortbildung für kommunale Behindertenbeauftragte und in diesem Bereich ehrenamtlich Tätige; Termin ist im Juni 2015. Entsprechende Unterlagen hierzu wird er zur Verfügung stellen.
- c) Der inklusive Chor startet am 27. Februar um 17 Uhr in der Artergrale, Reventlouallee 14 in Kiel.
- d) Frau Hinrichs verweist auf die ausliegenden Organspendeausweise.
- e) Herr Wehner verliest die zur heutigen Sitzung herausgegebene Pressemitteilung der Landeshauptstadt Kiel.
- f) Herr Wehner informiert über die Bildungskonferenz „Jugend und berufliche Bildung“ des SPD Kreisverbandes in Zusammenarbeit mit Malmöer Kolleginnen/Kollegen am 20. Februar 2015 ab 15:00 Uhr im Landeshaus.

Herr Raupach schließt die Sitzung des Beirates um 18:20 Uhr.

gez. Eckehard Raupach
(Vorsitzender)

gez. Anja Schöler
(Geschäftsführerin)